



DEUTSCHLAND

**WIEDER
IN ORDNUNG
BRINGEN**

BAYERN STARK IN DEUTSCHLAND

GEMEINSAM FÜR DEUTSCHLAND, STARK FÜR BAYERN.



LIEBE BÜRGERINNEN, LIEBE BÜRGER,

es ist Zeit, dass sich was ändert. Die Bundestagswahl am 23. Februar ist nach drei Jahren gescheiterter Ampel-Regierung eine echte Chance für einen Neuanfang. Dabei geht es nicht nur um einen Regierungswechsel, sondern um einen Richtungswechsel.

Deutschland kann viel mehr. Wir müssen unser Land wieder in Ordnung bringen. Die CSU hat dafür ein klares Konzept und eine klare Linie: Wir wollen die Wirtschaft besser fördern, die Migration deutlich begrenzen und die Bundeswehr nachhaltig stärken.

Gemeinsam mit unserem Kanzlerkandidaten Friedrich Merz werden wir dafür mit aller Kraft arbeiten. Die CSU ist die einzige, die kraftvolle Stimme Bayerns in Deutschland. Daher bitte ich Sie: Wenn Sie Bayern stark machen wollen, unterstützen Sie die CSU sowohl mit der Erststimme als auch mit der Zweitstimme. Gemeinsam für Deutschland, stark für Bayern. Damit unser Land wieder nach vorne kommt!

Ihr

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'M. Söder'.

DR. MARKUS SÖDER, MdL

Vorsitzender der Christlich-Sozialen Union
Bayerischer Ministerpräsident



Direkt zum persönlichen
Statement von Dr. Markus Söder

QR-Code scannen

csu.de/statement

INHALTSVERZEICHNIS

I. RICHTUNGSWECHSEL FÜR DEUTSCHLAND	4
II. FÜR EIN STARKES BAYERN IN DEUTSCHLAND - BAYERN-BENACHTEILIGUNG BEENDEN	5
III. UNSERE AGENDA FÜR DEUTSCHLAND UND BAYERN	6
Für eine starke Wirtschaft und sichere Arbeitsplätze	7
Für niedrigere Steuern und ein leistbares Leben	8
Für einen gerechten Sozialstaat und sichere Renten	9
Für einen Stopp der illegalen Migration	10
Für Recht und Ordnung in Deutschland	12
Für eine verteidigungsfähige Bundeswehr und eine starke Rolle Deutschlands	13
Für eine bezahlbare, sichere und saubere Energieversorgung	15
Für eine starke heimische Landwirtschaft	16
Für die Unterstützung und den Schutz von Familien	17
Für eine Hightech-Agenda für Deutschland	18
Für bezahlbares Wohnen und Mobilität für alle	19
Für gute Gesundheit und Pflege in Stadt und Land	20
Für unsere Werte, Traditionen und das Ehrenamt statt linke Ideologie	21

I. RICHTUNGSWECHSEL FÜR DEUTSCHLAND

Deutschland steht im Jahr 2025 deutlich schlechter da als es 2021 von der Ampel übernommen wurde. Steigende Preise für die Menschen, ein historischer wirtschaftlicher Abschwung, eine ideologiegetriebene Energiepolitik, das leistungsfeindliche sogenannte „Bürgergeld“, die unkontrollierte Migration und eine kopflose Außenpolitik haben Deutschland massiv geschadet.

WIR IN BAYERN STEMMEN UNS ENTSCLOSSEN GEGEN DIESEN NEGATIVTREND.

Bayern ist weiterhin das Land mit der niedrigsten Arbeitslosenquote, dem höchsten Haushaltseinkommen und der geringsten Kriminalität. Wir sind ein starkes Land, das wirtschaftliche Herz Deutschlands mit vielen fleißigen Menschen und innovativen Unternehmen, aber auch Bayern kann sich dem Ampel-Abwärtsstrudel nicht vollständig entziehen. Denn drei Jahre Ampel-Regierung waren auch drei Jahre der Benachteiligung für Bayern.

Es ist Zeit, dass sich was ändert. Deutschland braucht nicht nur einen grundlegenden Politikwechsel, sondern einen echten Richtungswechsel. Eine geistig-moralische Wende. Wir müssen uns wieder auf unsere traditionellen Tugenden wie Fleiß, Leistung und Pünktlichkeit konzentrieren statt auf ideologische Projekte. Wir müssen Deutschland wieder in Ordnung bringen und Bayern stark machen.

Wir als CSU haben für Deutschland und Bayern klare Ziele: Wir wollen unsere Wirtschaft fördern und Leistung wieder stärker belohnen. Wir wollen den Industriestandort Deutschland mit seinen Arbeitsplätzen erhalten und das Leben der Menschen wieder bezahlbarer machen. Wir wollen die illegale Migration stoppen und die Sicherheit in Deutschland wieder deutlich verbessern. Und wir wollen die Bundeswehr stärken und Deutschlands internationales Ansehen wiederherstellen.

Die Bundestagswahl am 23. Februar 2025 ist nach drei Jahren gescheiterter Ampel-Regierung eine echte Chance für einen Neuanfang. Dieser Neuanfang geht nur mit einer möglichst starken Union.

Das geht nur mit einer maximal starken CSU. Die CSU ist die einzige und die kraftvolle Stimme Bayerns in Deutschland. Nur eine starke CSU kann die verfehlte Politik der Ampel-Regierung für Bayern korrigieren.

II. FÜR EIN STARKES BAYERN IN DEUTSCHLAND – BAYERN-BENACHTEILIGUNG BEENDEN

Statt das ganze Land zu stärken, schwächt die Ampelpolitik Bayern und damit das Leistungsherz Deutschlands. Hiermit ist jetzt Schluss. Für uns ist klar: Wir wollen Deutschland wieder in Ordnung bringen und Bayern dabei stärken. Diese Bayern-Benachteiligungen werden wir im Sinne aller Bayern beheben:

• REFORM DES LÄNDERFINANZAUSGLEICHS:

Die Bund-Länder-Finzen müssen grundlegend auf neue Füße gestellt werden. Es braucht eine deutliche Reduzierung der Zahlungen Bayerns in den Länderfinanzausgleich und einen neuen Berechnungsmechanismus. Bayern hat inzwischen 117 Mrd. Euro eingezahlt, aber nur 3,4 Mrd. Euro erhalten und trägt mittlerweile mit zehn Mrd. Euro die Hälfte des jährlichen Ausgleichsvolumens. Das ist unfair und muss sich ändern.

• REGIONALISIERUNG DER ERBSCHAFTSTEUER UND ERHÖHUNG DER FREIBETRÄGE:

Durch die überdurchschnittlichen Immobilienpreise in Bayern werden Bayerns Bürger bei der Erbschaftsteuer benachteiligt. Zukünftig muss die Gesetzgebungshoheit dort liegen, wo auch die Einnahmen aus der Erbschaftsteuer landen: allein bei den Ländern.

• KEINE KOMMUNALE ALTSCHULDEN-ÜBERNAHME DURCH DEN BUND:

Bayern und seine Kommunen dürfen nicht für ihre solide Haushaltsführung bestraft werden und die Versäumnisse von Kommunen aus anderen Bundesländern ausbaden müssen.

• ORIENTIERUNG AM GRUNDSATZ DER KONNEXITÄT – WER BESTELLT, BEZAHLT:

Wer eine Leistung veranlasst oder ausweitet, muss für ihre Finanzierung aufkommen. Dies gilt besonders, wenn Bundesgesetze oder andere Maßnahmen des Bundes bei den Ländern und Kommunen zu Mehrausgaben führen.

• FÖRDERUNG UND BAU VON GASKRAFTWERKEN IN UND FÜR BAYERN:

Zur Sicherstellung der Stromversorgung bei Dunkelflauten mit wenig Strom aus Erneuerbaren Energien muss der Bund auch in Bayern rasch neue Gaskraftwerke bauen. Die Versorgungssicherheit der industriellen Zentren und Bürger in Bayern muss garantiert werden.

• SCHNELLER ANSCHLUSS BAYERNS AN DAS WASSERSTOFFNETZ:

Der Bund muss schnell dafür sorgen, dass auch Bayern als industrielles Kernland an das Wasserstoffnetz angeschlossen wird. Dazu braucht es einen Anschluss von Süden her. Eine Benachteiligung Bayerns schadet auch in diesem Fall ganz Deutschland.

• ERHALT EINER EINHEITLICHEN STROMPREISZONE IN DEUTSCHLAND:

Unterschiedliche Strompreiszonen würden nicht nur Bayern benachteiligen, sondern ganz Deutschland schwächen. Es darf nicht sein, dass der Strom dort zusätzlich verteuert wird, wo er von der Industrie am dringendsten gebraucht wird. Das vernichtet Arbeitsplätze und führt zur Komplettabwanderung der Industrie aus Deutschland.

• FÖRDERUNG ALLER ERNEUERBAREN:

Eine einseitige Fokussierung der Förderung der Erneuerbaren zu Gunsten der Wind- und Sonnenenergie macht die Energiewende teuer und ineffizient und benachteiligt Bayern. Die grundlastfähigen Erneuerbaren wie Wasserkraft, Biomasse oder Geothermie müssen zukünftig besser gefördert werden. Der Weiterbetrieb von Biogas- und Photovoltaikanlagen nach der gesetzlichen Vergütungsdauer muss attraktiver gestaltet werden.

• ERHALT DES BILDUNGSFÖDERALISMUS:

Mit uns wird es keine Absenkung des bayrischen Bildungsniveaus durch Zentralisierungsbestrebungen aus Berlin geben.

• ABSCHAFFUNG DES AMPEL-WAHLRECHTS:

Die Verkleinerung des Bundestages ist richtig, nicht aber die Schwächung des Direktmandats. Klar ist: Wer ein Direktmandat gewinnt, muss auch in den Bundestag einziehen. Deshalb werden wir dieses Wahlrecht wieder rückgängig machen. Das Ampel-Wahlrecht ignoriert den föderalen Charakter unserer Bundesrepublik und benachteiligt damit Bayern. Denn ganze Wahlkreise könnten ohne regionalen Abgeordneten bleiben.

III.

UNSERE AGENDA

FÜR DEUTSCHLAND

UND BAYERN

FÜR EINE STARKE WIRTSCHAFT UND SICHERE ARBEITSPLÄTZE

Die Ampel-Regierung hinterlässt nach drei Jahren Regierungszeit einen wirtschaftlichen Scherbenhaufen.

Deutschland ist Schlusslicht beim Wirtschaftswachstum unter allen OECD-Industriestaaten. Es braucht jetzt einen neuen Aufschwung für mehr Wettbewerbsfähigkeit mit niedrigeren Steuern und weniger Bürokratie für unsere Unternehmen. Nur so kann unsere Wirtschaft wieder wachsen, können Arbeitsplätze erhalten und Wohlstand gesichert werden. Dabei setzen wir neben wettbewerbsfähigen Industrieunternehmen besonders auch auf ein starkes Handwerk und einen innovativen Mittelstand und bekennen uns klar zur Sozialen Marktwirtschaft.

- Senkung der Unternehmenssteuerbelastung auf einbehaltene Gewinne auf 25 Prozent.

- Abschaffung des restlichen Solidaritätszuschlags.

- Verbesserung der Verlustverrechnungen und der Abschreibungen durch Aktualisierung der AfA-Tabellen.

- Einführung von Turboabschreibungen mit Steuerbonus für erfolgreiche Unternehmen für schnelle Wachstumsimpulse.

- Massiver Abbau von Bürokratie durch Entrümpelungsgesetze („one in - two out“), Bürokratie-Checks, Erhöhung von Schwellenwerten für öffentliche Aufträge sowie eine Reduzierung von Statistikpflichten und Doppelstrukturen.

- Mehr Ermessensspielräume für Mitarbeiter im öffentlichen Dienst für pragmatischere Ent-

- scheidungen und Bekenntnis zu deren wichtiger Arbeit für einen funktionierenden Staat.

- Abschaffung des Verbandsklagerechts auf EU- und Bundesebene.

- Abschaffung der EU-Taxonomie, des deutschen Lieferkettengesetzes und Umbau des Green Deals hin zu einem Growth-Deal.

- Einführung eines Gesetzes gegen Draufsatteln („Anti-Gold-Plating-Gesetz“) zur Verhinderung der nationalen Übererfüllung von europäischem Recht.

- Gewinnung von ausländischen Fachkräften durch eine digitale „Work-and-Stay-Agentur“ zur Anwerbung, Arbeitsplatzvermittlung und einfacheren Bescheinigung aus einer Hand.

- Erhalt der Automobilindustrie als Leitindustrie durch die

- Abschaffung des Verbrenner-Verbots, einer Entschärfung der Flottengrenzwerte und der Verhinderung von EU-Strafzahlungen.

- Förderung der E-Mobilität durch einen effektiven Ausbau der Ladeinfrastruktur, der Einführung eines vergünstigten Ladestrompreises und einer neuen E-Mobilitätsprämie.

- Unterstützung der Automobilzulieferer durch einen Transformations- und Modernisierungsfonds nach bayerischem Vorbild.

- Reduzierung der übermäßigen Belastungen durch CO₂-Preis und CO₂-Zuschlag im Transportgewerbe.

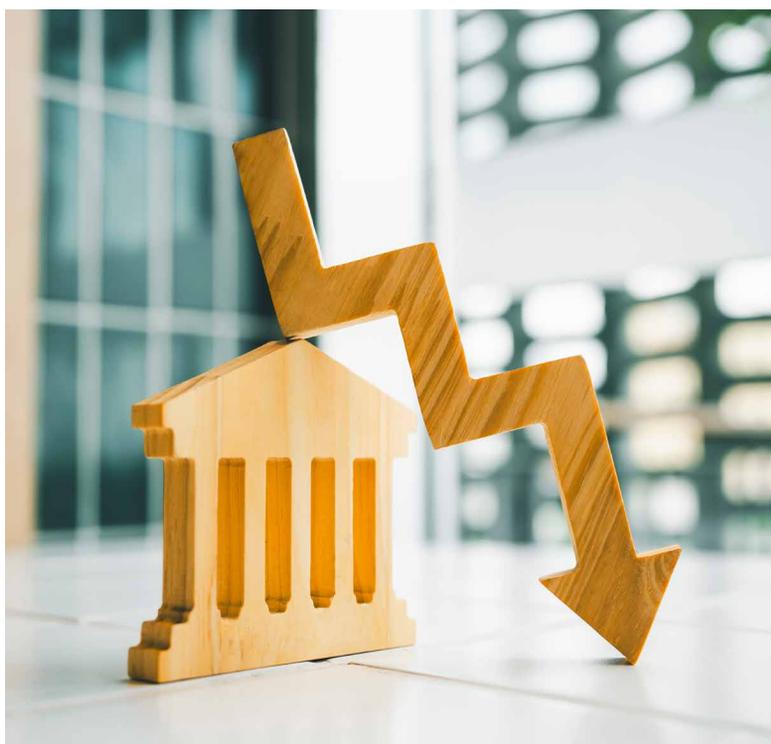
- Modernisierung des Arbeitsrechts durch die Einführung einer Flexi-Woche mit einer wöchentlichen Höchstarbeitszeit statt einer täglichen.

FÜR NIEDRIGERE STEUERN UND EIN LEISTBARES LEBEN

Die massive Inflation und die dadurch steigenden Preise der vergangenen Jahre haben das Leben für viele Menschen teurer und schwerer gemacht.

Der Eindruck, dass sich Fleiß und Leistung nicht mehr lohnen, verstärkt die Unzufriedenheit. Es braucht breite Entlastungen für die Menschen, um das Leben wieder bezahlbarer zu machen, und ein klares Bekenntnis: Wer mehr leistet, muss sich auch mehr leisten können. Immer mehr Schulden lösen dieses Problem nicht, denn die Schulden von heute sind die Steuererhöhungen von morgen.

- Entlastung von Einkommen durch die Abflachung des Einkommenssteuertarifs und eine Erhöhung des Grundfreibetrags sowie die Erhöhung der Einkommensgrenze für den Spitzensteuersatz.
- Verhinderung von zusätzlichen Belastungen beim Arbeitseinkommen durch eine regelmäßige Anpassung des Einkommenssteuertarifs an die Inflation.
- Einführung von steuerfreien Überstundenzuschlägen.
- Erhöhung der Pendlerpauschale ab dem ersten Kilometer auf 38 Cent.
- Senkung der Umsatzsteuer in der Gastronomie für Speisen und Getränke auf dauerhaft sieben Prozent.
- Bekenntnis zur grundgesetzlichen Schuldenbremse als Bremse für Staatsausgaben und zukünftige Steuererhöhungen.
- Schutz der deutschen Sparer durch eine Ablehnung der Haftung Deutschlands für die Schulden anderer europäischer Länder.



FÜR EINEN GERECHTEN SOZIALSTAAT UND SICHERE RENTEN

Unser Staat unterstützt Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind.

Zugleich gilt: Wer arbeiten kann, muss auch arbeiten und darf nicht auf Kosten der Gemeinschaft leben. Bei der Rente ist für uns klar: Mit der CSU wird es keine Rentenkürzungen geben, sondern einen klaren Fokus auf wirtschaftliches Wachstum für weiter steigende Renten.

- Gleiche Wertschätzung und Anerkennung für alle Mütter durch die Vollendung der Mütterrente mit drei Rentenpunkten für alle, unabhängig vom Geburtsjahrgang der Kinder.

- Ablehnung von Rentenkürzungen und Stärkung des wirtschaftlichen Wachstums für ein stabiles Rentenniveau, stabile Beiträge und weiterhin steigende Renten.

- Klares Festhalten an den bestehenden gesetzlichen Regelungen zum Renteneintrittsalter und für besonders langjährig Versicherte.

- Einführung einer Aktivrente: Wer über das gesetzliche Rentenalter hinaus freiwillig weiterarbeiten möchte, bekommt sein Gehalt bis zu 2.000 Euro im Monat steuerfrei.

- Etablierung einer Frühstart-Rente als individuelles, kapitalgedecktes und privat-

wirtschaftlich organisiertes Altersvorsorgedepot mit einer Förderung für jedes Kind vom 6. bis zum 18. Lebensjahr von 10 Euro pro Monat zur Bildung eines Startvermögens für die private Altersvorsorge.

- Abschaffung des sogenannten „Bürgergelds“ und Einführung einer Neuen Grundsicherung, die streng dem Prinzip von „Fördern und Fordern“

folgt. Wiedereinführung des Vermittlungsvorrangs, Verkürzung der Karenzzeiten und Möglichkeit der vollständigen Streichung der Sozialleistungen bei beharrlicher Verweigerung der Arbeitsaufnahme.

- Bekenntnis zum gesetzlichen Mindestlohn bei einer starken unabhängigen Mindestlohnkommission.



FÜR EINEN STOPP DER ILLEGALEN MIGRATION

Deutschland ist durch die unkontrollierte Zuwanderung überfordert – und zwar nicht nur im Hinblick auf Kitas, Schulen und Wohnraum, sondern auch kulturell und bei der Sicherheit.

In vielen deutschen Städten fühlen sich die Menschen teilweise nicht mehr zu Hause und sorgen sich um ihre Sicherheit. Die Wahrheit ist: Es ist uns über den Kopf gewachsen, der Zuzug ist zu viel und nicht mehr stemmbar. Ein Stopp der illegalen Migration ist dringend nötig.

- Änderung des Grundrechts auf Asyl durch eine Umstellung von einem individuell einklagbaren Recht auf eine objektive Garantie auf Asyl. Der individuelle Klageanspruch von jedem, der nach Deutschland kommt, muss entfallen.

- Abschaffung des subsidiären Schutzstatus und Rückkehr zum Geist der Genfer Flüchtlingskonvention.

- Einführung des Drittstaaten-Modells: Jeder, der in Europa Asyl beantragt, soll in einen sicheren Drittstaat überführt werden, dort sein Verfahren durchlaufen und dort bei Bedarf Schutz finden.

- Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte und Beendigung aller freiwilligen Aufnahmeprogramme.

- Faktischer Einreisestopp von illegalen Migranten durch

Grenzkontrollen an allen deutschen Grenzen und konsequente Zurückweisungen.

- Stärkung der rechtlichen und technischen Möglichkeiten der Polizei zur Verhinderung illegaler Einreisen.

- Beschleunigung von Asylverfahren und Rückführungen durch zentrale Verfahren, Ausweitung der sicheren Herkunftsländer, Rücknahmeabkommen mit zentralen Herkunftsländern und Bundesausreisezentren.

- Begrenzung von Gerichtsverfahren zur Überprüfung von Asylentscheidungen auf das verfassungsrechtliche Minimum.

- Null Toleranz gegenüber Straftätern und Gefährdern: Wer ein Verbrechen begeht, muss unser Land umgehend verlassen. Bei Straftätern, die Freiheitsstrafen verbüßen,

muss in diesen Fällen die Abschiebung aus der Strafhaft heraus erfolgen. Wer nicht abgeschoben werden kann, muss in diesen Fällen in unbefristete Abschiebehaft genommen werden können.

- Klarer Fahrplan für Syrer in Deutschland: Straftäter sofort abschieben, freiwillige Rückkehr unterstützen, Abschiebemaßnahmen für Rückkehrverweigerer vorbereiten und Bleibeperspektiven für gut integrierte und ihren Lebensunterhalt dauerhaft selbst verdienende Syrer schaffen.

- Knüpfung des Bleiberechts an auskömmliches Einkommen, keine Einwanderung in unsere Sozialsysteme. Voraussetzung für eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis in Deutschland muss die selbstständige Sicherung des Lebensunterhalts sein.

- Reduktion der Sozialleistun-



gen für Ausreisepflichtige auf den Grundsatz „Bett, Brot und Seife“ sowie steter Vorrang von Sachleistungen vor Geldleistungen im Asylbewerberleistungsgesetz.

- Deutschlandweite restriktive Umsetzung der Bezahlkarte und Verhinderung von Missbrauch.

- Kein Bürgergeld mehr für neu ankommende Ukrainer, sondern Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

- Abschaffung des Ampel-Staatsbürgerschaftsrechts mit Expreseeinbürgerungen und der generellen Möglichkeit zur doppelten Staatsbürgerschaft. Einbürgerung darf es erst nach

acht Jahren und nur bei guter Integration, Straffreiheit und selbstständiger Sicherung des Lebensunterhalts geben.

POLIZ

FÜR RECHT UND ORDNUNG IN DEUTSCHLAND

Das Sicherheitsgefühl in Deutschland hat sich deutlich verschlechtert. Die Zahl der Straftaten steigt – insbesondere auch durch ausländische Täter.

Recht und Ordnung sowie der Schutz der Unversehrtheit der Bevölkerung sind Voraussetzung für Freiheit. Für uns gilt deshalb im Kampf gegen Kriminalität eine Null-Toleranz-Strategie. Wer sich nicht an Recht und Gesetz hält, muss umgehend und spürbar bestraft werden. Dazu brauchen unsere Sicherheitsbehörden volle politische Rückendeckung und alle zeitgemäßen rechtlichen und technischen Möglichkeiten.



- Ausbau des Videoschutzes an öffentlichen Plätzen und Etablierung von Systemen zur automatischen Gesichtserkennung zur Identifizierung von Tätern.
- Nutzung von KI-gestützten polizeilichen Recherche- und Analyseplattformen.
- Speicherung der IP-Adressen und Neuregelung der Verkehrsdatenspeicherung mit einer Mindestspeicherfrist von

sechs Monaten entsprechend der Vorgaben des EuGH zur Aufklärung von Straftaten wie Terrorismus und sexueller Gewalt – Datenschutz darf nicht zum Täterschutz werden.

- Personeller Aufwuchs der Bundespolizei zum Schutz der Bevölkerung und Stärkung der Nachrichtendienste durch rechtliche und technische Kompetenzen zur Onlinedurchsuchung und Quellen-TKÜ.
- Abschaffung des Polizeibeauftragten des Bundes – er ist Symbol des linken Misstrauens gegenüber unseren Polizisten.
- Abschaffung des gefährlichen Cannabis-Gesetzes der Ampel.
- Prüfung der Herabsetzung des Mindestalters für die Strafmündigkeit, Einführung eines neuen Verantwortungsverfahrens bei schweren Straftaten durch strafunmündige Kinder

und die Anwendung des Erwachsenenstrafrechts auf Heranwachsende zwischen 18 und 21 Jahren.

- Verbesserung des Schutzes vor Einzeltrickbetrügern durch die Ausweitung der polizeilichen Befugnisse bei der Verfolgung und härtere Strafen, wenn Täter Alter, Erkrankung oder Behinderung des Opfers ausnutzen.
- Klares Stoppschild gegen Islamismus: Antisemitische Straftaten oder die Forderung nach einer Abschaffung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, wie z.B. durch ein Kalifat, müssen zu einer zwingenden Regelausweisung, zum Versagen eines Aufenthaltstitels und bei Doppelstaatlern zum Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit führen.

FÜR EINE VERTEIDIGUNGSFÄHIGE BUNDESWEHR UND EINE STARKE ROLLE DEUTSCHLANDS

Die Sicherheitslage in Deutschland und Europa hat sich seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine deutlich verschlechtert.

Für uns ist klar: Wir müssen uns verteidigen können, um uns nicht verteidigen zu müssen. Daher arbeiten wir für eine verteidigungsfähige Bundeswehr. Ganz generell gilt: Überall nehmen Krisen zu und machen nicht an Landesgrenzen halt. Deutschland muss aus eigenem Interesse mehr Verantwortung in Europa und der Welt übernehmen, ohne andere mit dem moralischen Zeigefinger zu belehren.

- Mindestens zwei Prozent, perspektivisch drei Prozent des BIP für eine voll ausgestattete und verteidigungsfähige Bundeswehr sowie ein klares Bekenntnis zur NATO und unseren Verpflichtungen. Im Sinne der gemeinsamen Sicherheit wirken wir auch auf unsere Partner in EU und NATO hin, ihre Verpflichtungen zu erfüllen.

- Schnelle Einführung einer aufwachsenden Wehrpflicht nach Personalbedarf der Bundeswehr. Aus dem Kreis der Gemusterten sollen zuvorderst diejenigen Tauglichen zum Grundwehrdienst einberufen werden, die ihre Bereitschaft zum Wehrdienst signalisiert haben. Dazu führen wir starke Anreize ein, wie beispielsweise eine verbesserte Rentenankennung, einen Bonus bei der Studienplatzvergabe und Zuschüsse zum Führerschein.

- Perspektivische Einführung eines verpflichtenden Ge-

sellschaftsjahres, das mit der aufwachsenden Wehrpflicht zusammengedacht wird.

- Stärkung der zivilen Verteidigung und des Bevölkerungsschutzes sowie Wiederaufbau der Zivilschutzstrukturen.

- Reform des Beschaffungswesens für höhere Geschwindigkeit, Senkung der Kosten und mehr Verlässlichkeit für den Aufbau langfristiger Produktionskapazitäten sowie eine bessere Planungssicherheit bei Haushaltsmitteln.

- Stärkung der Rüstungsindustrie durch den Ausbau von Rüstungsk Kooperationen, der Verbesserung der Rahmenbedingungen für die deutsche Rüstungswirtschaft und die Förderung von Start-ups und Innovationen in der Wehrtechnik.

- Etablierung von verlässlichen Exportregeln für unsere Rüstungsunternehmen und

mehr Zusammenarbeit bei Beschaffung von Material und Ausrüstung in Europa.

- Aufbau einer modernen Drohnenarmee mit mindestens 100.000 Drohnen. Beschaffung von bewaffneten Drohnen in allen Größenklassen und leistungsfähigen Luftverteidigungssystemen.

- Förderung von Bayern als Spitzenstandort für die Rüstungsindustrie und von Drohnentechnik.

- Verstärkung der Investitionen in Weltraum- und Cyberfähigkeiten der Bundeswehr sowie einen europäischen Raketenabwehrschirm.

- Abschaffung aller Zivilklauseln in Deutschland und Stärkung der Vernetzung von Forschung und Sicherheitsindustrie. Nationales Bundeswehrgesetz nach bayerischem Vorbild.

- Stärkung der Verankerung der Bundeswehr im öffentlichen Leben und mehr Wertschätzung für Soldatinnen und Soldaten durch mehr öffentliche Gelöbnisse und im Rahmen des jährlichen Veteranentages sowie eine verstärkte Präsenz von Jugendoffizieren an Schulen.

- Strukturelle Neuaufstellung und Stärkung der Reserve als Rückhalt für aktive Truppenteile durch die Orientierung der Ausbildung und Ausstattung der Reserve an vergleichbaren aktiven Truppenteilen.

- Priorität für interessensgeleitete Realpolitik. Beendigung des ideologischen und beherrschenden Tons der links-grünen Außenpolitik.

- Schaffung eines Nationalen Sicherheitsrats mit einem Nationalen Sicherheitsberater im Kanzleramt zur Vernetzung

von Außen-, Sicherheits-, Verteidigungs-, Entwicklungs- und Wirtschaftspolitik mit dem Zweck der gesamtheitlichen Wahrung deutscher Interessen.

- Mehr Europa nur dort, wo Europa einen Mehrwert für alle schafft. Beispielsweise bei der Vertiefung des Binnenmarktes, der Energieunion, der Außen- und Sicherheitspolitik und dem Stopp der illegalen Migration.

- Stärkung der transatlantischen Partnerschaft und ihrer europäischen Säule als Fundament der westlichen Welt – gerade in bewegten Zeiten – und enge Kooperation insbesondere in Fragen der Handels- und Sicherheitspolitik.

- Sicherstellung der Unterstützung der Ukraine – diplomatisch, humanitär und mit Waffenlieferungen. Ein Sieg

Russlands würde Putin zu weiteren Aggressionen ermutigen, die Sicherheitslage in Europa dramatisch verschärfen und die Zahl der Flüchtlinge deutlich erhöhen.

- Klares Bekenntnis zur Sicherheit Israels. Israel stehen wir bei seinem legitimen Kampf gegen den Terror zur Seite – auch mit Waffenlieferungen.

- Absenkung der Entwicklungshilfegelder Deutschlands auf das durchschnittliche OECD-Niveau, keine Unterstützung für Länder, die ihre Staatsangehörigen nicht zurücknehmen.

- Überprüfung aller Ausgaben des Entwicklungshaushalts und klare Ausrichtung der Gelder an deutschen Interessen.

FÜR EINE BEZAHLBARE, SICHERE UND SAUBERE ENERGIEVERSORGUNG

Die ideologiegetriebene Energiepolitik der Ampel schadet massiv und führt zur Deindustrialisierung unseres Landes.

Der überstürzte Ausstieg aus der Kernkraft war ein großer Fehler – gerade auch mit Blick auf den Klimaschutz. Denn Klimaschutz geht nur mit einer starken Wirtschaft, geht nur global und gemeinsam mit den Menschen. Höhere Preise bei steigendem Energiebedarf aber verunsichern Millionen von Menschen sowie Unternehmen gleichermaßen. Für uns ist klar: Energie muss bezahlbar, sicher und sauber sein. Alle Kostentreiber müssen auf den Prüfstand.

- Option Kernkraft offenhalten und Wiederinbetriebnahme der zuletzt abgeschalteten Kernkraftwerke prüfen.
- Kooperationen mit Frankreich und Tschechien zur Forschung, Nutzung und zum Bau von sicheren und sauberen Kernkraftwerken der neuesten Generation.
- Förderung der Erforschung der Kernfusion und Entwicklung von Konzepten wie Small Modular Reactors in Deutschland.
- Sinnvoller, kosteneffizienter und beschleunigter Ausbau aller Erneuerbaren Energien sowie von Netzen und Speichern sowie Abbau von Hemmnissen bei Großbatteriespeichern.
- Beschleunigung der Genehmigungsverfahren und Verzicht auf Ausgleichsflächen für den Bau von Erneuerbaren.



- Abschaffung des Ampel-Heizungsgesetzes und Beendigung des Hineinregierens in den Heizungskeller.
- Technologieoffene Förderung von emissionsarmen Wärmelösungen inklusive des Heizens mit Holz.
- Weiterentwicklung des Handwerkerbonus zum Energiebonus zur besseren Berücksichtigung von energetischen Sanierungen bei der Einkommenssteuer.
- Absetzbarkeit der Kosten für energetische Sanierungen von der Erbschaftsteuer als Anreiz für schnelle und effiziente energetische Sanierung des Immobilienaltbestands.
- Vollständige Rückgabe der Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung an Bürger und Unternehmen durch die Reduzierung der Stromsteuer auf das europäische Minimum für alle und eine Halbierung der Netzentgelte.

FÜR EINE STARKE HEIMISCHE LANDWIRTSCHAFT

Der ländliche Raum und unsere Landwirte sind das Herz und die Seele Bayerns.

Sie erzeugen hochwertige Lebensmittel und leisten einen unschätzbaren Beitrag zur Ernährungssicherung sowie zum Umwelt-, Klima-, Arten- und Ressourcenschutz. Sie verdienen Wertschätzung und Vertrauen statt grünem Misstrauen und Gängelung. Für uns ist klar: Unsere Landwirte brauchen Entlastungen und weniger Bürokratie.

- Vollständige Wiedereinführung der Agrardieselmisvergütung zur Entlastung der landwirtschaftlichen Betriebe.

- Vereinfachung der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU und voller Einsatz in Brüssel für eine gute Ausstattung des Agrarbudgets.

- Spürbarer Bürokratieabbau für unsere Land- und Forstwirte sowie Waldbesitzer bei der Stoffstrombilanz im Düngerecht, dem Bodengesetz, der Taxonomie und der Entwaldungsrichtlinie.

- Einführung einer steuerlich begünstigten Risikoausgleichsrücklage zur besseren eigenverantwortlichen Risikoversorge der landwirtschaftlichen Betriebe.

- Klare Ablehnung der zwangswweisen Stilllegung von Flächen, stattdessen Förderung von innovativen Technologien

- und nachhaltiger Bewirtschaftung.

- Schutz der Weidetierhaltung und der Teichwirtschaft: Anpassung der entsprechenden Regelungen im Bundesjagdgesetz und Bundesnaturschutzgesetz zur klaren Regulierung und Reduzierung des Wolfs- und Fischotterbestands.

- Bekenntnis zur Tierhaltung und zur auskömmlichen Förderung des tierwohlgerichteten Stallumbaus.

- Aufnahme von Ernährungssicherung als Staatsziel in das Grundgesetz zur Stärkung landwirtschaftlicher Anliegen in der Gesetzgebung und vor Gerichten.



FÜR DIE UNTERSTÜTZUNG UND DEN SCHUTZ VON FAMILIEN

Familien sind die Keimzelle unserer Gesellschaft. Sie geben Stabilität und Sicherheit.

Gleichzeitig bedeutet Familie auch immer: Leben mit Herausforderungen, von knapper Zeit bis knapper Kasse. Für uns ist klar: Wir bewerten keine Lebensentwürfe, sondern ermöglichen sie. Wir geben Familien Raum, um ihr Leben eigenverantwortlich gestalten zu können.

- Schrittweise Anhebung des Kinderfreibetrags in Richtung des Grundfreibetrags der Eltern sowie eine entsprechende Anhebung des Kindergelds.
- Anpassung des Kindergelds für im EU-Ausland lebende Kinder an die Unterhaltskosten des jeweiligen Landes.
- Klares Bekenntnis zum Ehegattensplitting, denn eine Abschaffung des Ehegattensplittings wäre eine Steuererhöhung für viele Verheiratete.
- Unterstützung von Alleinerziehenden durch die Erhöhung des Entlastungsbeitrags auf 5.000 Euro.
- Verbesserung von Elternzeit und Elterngeld sowie der Versorgung mit Kinderbetreuungsplätzen.
- Erhöhung der steuerlichen Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten.

- Abschaffung des Selbstbestimmungsgesetzes der Ampel: Der Jugendschutz und das Erziehungsrecht der Eltern dürfen nicht untergraben werden. Operative Eingriffe vor der Volljährigkeit lehnen wir genauso ab wie die Möglichkeit zum jährlichen Geschlechtswechsel mit einfacher Erklärung beim Standesamt.

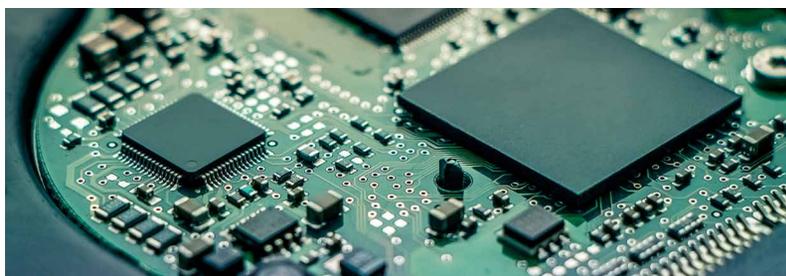
- Bekenntnis zum Paragraphen 218 StGB und zur aktuell geltenden Rechtslage zum Schwangerschaftsabbruch als bewährten gesellschaftlichen Kompromiss - er verbindet das Selbstbestimmungsrecht der Frau und den Schutz des ungeborenen Kindes.



FÜR EINE HIGHTECH-AGENDA FÜR DEUTSCHLAND

Unser bayerisches Rezept gegen Rezession und Stagnation ist eine Hightech-Agenda für Deutschland.

Statt planwirtschaftlicher Milliardensubventionen von Einzelunternehmen brauchen wir Investitionen in eine Hightech-Agenda für das ganze Land. Denn Forschung und Innovationen sind der Schlüssel für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft mit guten Arbeitsplätzen. Deutschland muss Kompetenzzentrum und Innovationsstandort für Zukunftstechnologien werden - von der Luft- und Raumfahrt bis zum Quantencomputing.



- Entwicklung einer Hightech-Agenda für Deutschland nach bayerischem Vorbild als schlagkräftiges Programm für Forschung, Innovationen, Technologie, Transfer und Gründergeist.

- Sicherung des Anschlusses unserer Forschungseinrichtungen und Hochschulen an die Weltspitze durch gezielte Förderung unserer Spitzeneinrichtungen.

- Vereinfachung von Ausgründungen aus unseren Hochschulen heraus und bessere Vernetzung von Unternehmen

- und Geldgebern mit Forschungseinrichtungen.

- Stärkung des Technologietransfers in den Mittelstand durch Technologietransferzentren.

- Neuauflage eines Batterie-forschungsprogramms auf Bundesebene und gezielte Förderung des erfolgreichen Bayerischen Zentrums für Batterietechnik in Bayreuth und von TUM Battery in München als nationale Leuchtturmprojekte.

- Erhöhung der Ausgaben

von Wirtschaft und Staat für Forschung und Entwicklung bis 2030 auf 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

- Vorfahrt für Forschung: Es gilt die steuerliche Forschungsförderung auszuweiten, die Bürokratie bei der Beantragung zu reduzieren und die Bemessungsgrundlage der Forschungszulage auf 12 Millionen Euro pro Unternehmen zu erhöhen.

- Anreize für Unternehmertum durch die Befreiung von bürokratischen Vorschriften in der Startphase der Unternehmen durch eine sogenannte „Gründerschutzzone“ und Schaffung von attraktiven steuerlichen Bedingungen für Wagniskapital.

- Vereinfachung der Beantragung des BAföGs und Verbesserung der Hinzuverdienstmöglichkeiten.

FÜR BEZAHLBARES WOHNEN UND MOBILITÄT FÜR ALLE

Die Preise für Wohnen und Bauen sind in den vergangenen Jahren drastisch gestiegen.

Die Mieten sind für viele Menschen zu hoch, das Bauen unerschwinglich geworden. Um diese Situation nachhaltig zu ändern, hilft nur eins: mehr, schneller und günstiger bauen. Zudem müssen alle Vorschriften und Standards kritisch überprüft werden. Beim Verkehr ist für uns klar: Die Menschen sollen ihre Mobilität frei und ohne Bevormundung wählen können. Dazu gehört zuvorderst ein Bekenntnis zur individuellen Mobilität – insbesondere zum Auto – und die Entschlossenheit zur Beseitigung der strukturellen Probleme der Deutschen Bahn.

- Bezahlbares Bauen durch die Entschlackung des Bauordnungsrechts und Reduzieren von Vorschriften.
- Neue Impulse für die Bauwirtschaft: Einführung einer dauerhaft degressiven Abschreibung für Mietwohnungen, Verbesserung der Sonderabschreibung für bezahlbaren Miet-Wohnraum sowie einer Steuerbegünstigung für selbstgenutzten Wohnraum.
- Verbesserung der Förderbedingungen der Zinsverbilligungsprogramme für Wohneigentum der KfW durch Anhebung der Einkommensgrenzen und die Einbeziehung des Kaufs von Bestandsimmobilien.
- Wiedereinführung der Förderfähigkeit des Energieeffizienzstandards EH55 für Neubauten und Sonderab-

schreibungen für Sanierungen von Mietwohnungen.

- Einführung von Freibeträgen bei der Grunderwerbsteuer für den erstmaligen Kauf einer selbstgenutzten Immobilie von 250.000 Euro pro Erwachsenen und 150.000 Euro pro Kind.
- Bekenntnis zu einem wirksamen und angemessenen Mieterschutz – dazu gehören auch die Regeln zur Miethöhe.
- Solide Förderung des sozialen Wohnungsbaus und Verbesserung der steuerlichen Bedingungen für Mitarbeiterwohnungen.
- Strukturelle Reformen bei der Deutschen Bahn für mehr Leistungsfähigkeit, unter anderem durch die Trennung des Infrastruktur- und Transportbereichs sowie Stärkung des Luftverkehrsstandorts Deutschland.

• Nein zur Anti-Auto-Haltung: Ablehnung eines generellen Tempolimits auf Autobahnen, von Fahrverboten für Innenstädte sowie des ideologischen Umwidmens von Parkplätzen.

• Bessere Bezahlbarkeit des Führerscheins durch den Abbau von Bürokratie in der Ausbildung, eine verantwortungsvolle Überprüfung der Anforderung an Ausbildung und Ausbilder und Einsatz von Fahrsimulatoren in Teilen der Ausbildung.

FÜR GUTE GESUNDHEIT UND PFLEGE IN STADT UND LAND

Unser Gesundheits- und Pflegesystem in Deutschland ist herausgefordert.

Die Alterung unserer Gesellschaft, der Fachkräftemangel in allen Bereichen des Gesundheitswesens und die steigenden Kosten erfordern strukturelle Anpassungen in vielen Bereichen. Für uns steht dabei immer der Mensch im Mittelpunkt. Deshalb ist klar: Eine gute Versorgung in puncto Gesundheit und Pflege darf nicht vom Wohnort abhängen. Eine Bürgerversicherung lehnen wir ab. Auch müssen wir in Deutschland und Europa wieder mehr Medikamente selbst produzieren und Reserven bevorraten.

- Krankenhausreform nur zusammen mit den Bundesländern und Stärkung einer hochwertigen Gesundheits- und Pflegeversorgung in Stadt und Land sowie ein Soforthilfeprogramm zur Stabilisierung der Krankenhäuser.

- Kürzere Wartezeiten für Arzttermine durch die Verbesserung der Patientensteuerung.

- Bekenntnis zum bestehenden Modell der sozialen Pflegeversicherung und Weiterentwicklung mit einem Finanzierungsmix aus gesetzlicher Pflegeversicherung, betrieblicher Mitfinanzierung und eigenverantwortlicher Vorsorge.

- Bekämpfung des Personalnotstands in der Pflege durch mehr Planbarkeit, Aufstiegsmöglichkeiten, Entlastung von Bürokratie und bessere Arbeitsbedingungen, beispielsweise durch Springerpools.

- Verbesserung der häuslichen Pflege und der Situation der pflegenden Angehörigen durch die Möglichkeit des flexibleren Einsatzes pflegerischer Leistungen und der Stärkung der ambulanten Versorgung.

- Verbesserte Prävention durch betriebliches Gesundheitsmanagement, Ausbau von Präventionsmaßnahmen und Screenings von Volkskrankheiten.

- Sicherstellung der Medikamentenversorgung durch mehr Unabhängigkeit von instabilen Lieferketten und Produzenten in aller Welt durch mehr heimische Produktion - insbesondere für Kinder.

- Aufbau einer staatlichen Notfallreserve für wichtige Medikamente sowie Erhalt von Präsenzapotheken in der Fläche.



FÜR UNSERE WERTE, TRADITIONEN UND DAS EHRENAMT STATT LINKE IDEOLOGIE

Unsere Werte, Traditionen und Brauchtümer geben den Menschen in unserem Land Halt, Sinn und Heimat.

Gerade das Ehrenamt ist ein großartiges Bekenntnis zu unserer Heimat. Es sind die ehrenamtlich Engagierten, die unser Land tragen und zusammenhalten, vom Sport über die Kultur und den sozialen Ausgleich bis hin zu unserer Sicherheit. Identitätspolitik, Cancel-Culture, Gendersprache und Wokeness spalten unsere Gesellschaft und sind antiliberale Ideologien. Wir wehren uns gegen den ideologischen Umbau unserer Gesellschaft.

- Bekenntnis zu christlichen Traditionen und zur gegenseitigen Kooperation von Staat und Kirche.
- Grundlage unseres Zusammenlebens sind unsere christlich-jüdisch-abendländischen Werte. Das jüdische Leben in Bayern und Deutschland erfüllt uns mit Stolz. Wir werden es weiter fördern und schützen und Antisemitismus klar die Stirn bieten. Wer dieses Bestreben nicht teilt, kann kein Teil unserer Gesellschaft sein.
- Wertschätzung für Vertriebene und Aussiedler durch die Unterstützung der berechtigten Anliegen der Sudetendeutschen, aller Heimatvertriebenen und Aussiedler sowie ihrer Nachkommen. Dazu gehört die Reform des Fremdenrechtengesetzes zur Beseitigung der rentenrechtlichen Benachteiligungen.
- Errichtung einer Stiftung von Bund, Freistaat und Stadt Nürnberg zum dauerhaften Erhalt und Betrieb der Kongresshalle auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände in Nürnberg als Erinnerungsort nationaler Bedeutung.
- Förderung des Ehrenamts durch die Entlastung von Ehrenamtlichen bei Bürokratie, Datenschutz und Haftungsfragen und eine deutliche Erhöhung der Ehrenamts- und Übungsleiterpauschale.
- Erhalt und Schutz unseres materiellen und immateriellen Kulturerbes und Unterstützung der Heimat-, Trachten-, Schützen- und Musikvereine.
- Ausrichtung von internationalen Sportwettbewerben in Bayern und Deutschland: Bewerbungen für die Austragung internationaler Sportwettbewerbe wie der Olympischen Spiele und der Paralympics.
- Nein zum Gendern: Ablehnung der Gendersprache im öffentlichen Raum – an Schulen und Universitäten, im Rundfunk und der Verwaltung.
- Alle Förderungen von Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) durch die Bundesregierung auf den Prüfstand stellen. Keine Finanzierung linker Vorfeldorganisationen durch Steuermittel.
- Reform des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks für ein Informationsangebot, das nicht überwältigt, belehrt oder bevormundet, nicht tendenziös oder einseitig ist. Verpflichtung des ÖRR zu seinem Kernauftrag: Sparsamkeit, mehr Meinungsvielfalt und Neutralität.



**ZWEITSTIMME IST
BAYERNSTIMME**

**BEIDE STIMMEN
FÜR DIE**

CSU 



+++ NEUES WAHLRECHT! +++

LIEBE BÜRGERINNEN UND BÜRGER,

stellen Sie sich vor, Sie wählen bei der Bundestagswahl, aber Ihr Direktkandidat zieht nicht in den Bundestag ein ...

Mit dem neuen Ampel-Wahlrecht könnte Ihnen genau das passieren. Der mit der **Erststimme** gewählte **Direktkandidat** kommt nicht in den Bundestag, wenn seine **Partei** nicht genügend **Zweitstimmen** erhält. Es kann sogar sein, dass dann gar kein bayerischer Abgeordneter für Ihren Wahlkreis im Bundestag ist und die Interessen Ihrer Heimat in Berlin vertreten kann.

IHRE STIMME IST WERTVOLL - VERSCHENKEN SIE SIE NICHT!

Bayern braucht eine starke Stimme in Berlin. Nur die CSU hat die Kraft, im Bundestag für bayerische Interessen zu kämpfen.

Deswegen ist die Zweitstimme bei dieser Bundestagswahl besonders wichtig!



ZWEITSTIMME IST BAYERNSTIMME!

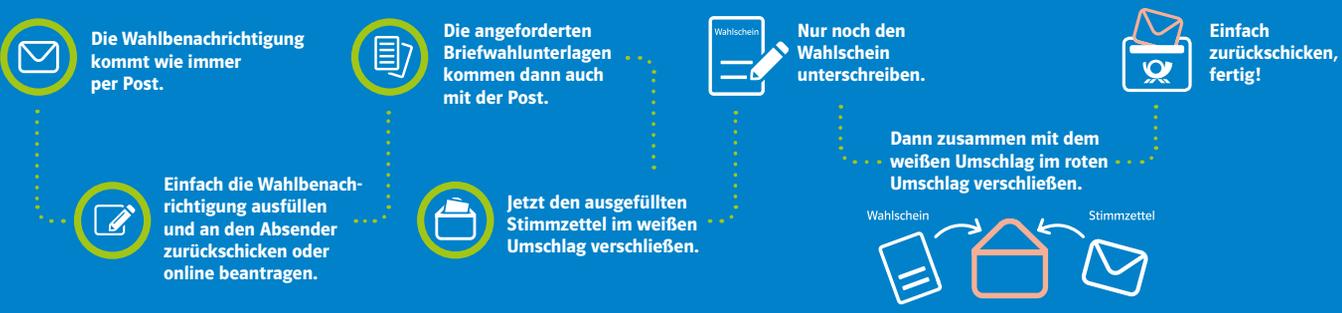
Sie wollen, dass Ihre Heimat stark in Berlin vertreten ist?

Dann wählen Sie **mit der Erststimme und der Zweitstimme CSU**, damit Ihr Direktkandidat für Ihren Wahlkreis im Bundestag für Ihre Anliegen kämpfen kann!



BUNDESTAGSWAHL
23. FEBRUAR 2025

NUR WER WÄHLT, KANN MITENTSCHEIDEN. NUTZEN SIE AUCH DIE BRIEFWAHL.



Ihr Kontakt:

CSU-Landesleitung
Mies-van-der-Rohe-Straße 1, 80807 München
Telefon 089/1243-350
landesleitung@csu-bayern.de

- csu.de
- facebook.com/CSU
- instagram.com/CSU
- x.com/CSU

